

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. jährlich 2,76, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingierstraße 14, II. Tel. 1465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zingierstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Pettzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsangelegen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 210.

Dresden, Dienstag den 10. September 1912.

23. Jahrg.

Auf zum Protest gegen die Teuerung!

Die Abnahme der Volkskraft.

Die amtliche Feststellung des Geburtenrückganges in Deutschland hat begreiflicherweise großes Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt. Um so auffällender ist die Gleichgültigkeit, mit der gerade jene Kreise, die besonderes Interesse für die Steigerung der Wehrkraft Deutschlands bekunden, über die Erwähnung hinweggehen, die geeignet ist, ernste Bedenken zu erwecken. Seit einigen Jahren haben sich die Geburten des Heeres-Ergänzungsgeschäftes ständig vermindert. Von je 100 einjährig Abgefertigten waren:

	1905	1906	1907	1908	1909	1910
tauglich	58,3	55,9	54,9	54,5	53,8	53,0
tauglich langjährig	14,7	14,7	15,1	15,2	14,9	14,8
nicht tauglich	22,0	22,7	23,1	23,8	23,0	25,9
untauglich	6,8	6,5	6,7	6,3	6,3	6,1

Näher ist seit dem Jahre 1905 der Prozentfuß der für wehrtauglich befundenen jungen Leute um 3,3 zurückgegangen. Die Quote der Wehrtauglichen erhöhte sich hingegen um 1,7. Das ist die absolute Untauglichkeit um 0,7 Proz. abgenommen hat, zeigt zwar, daß sich die Zahl der jugendlichen Wehrtauglichen zu denen besonders engbrüstige und unterernährte Männer gerechnet werden, ist ein recht bedenkliches Symptom. Bezeichnend für die Einflüsse, denen diese Verschlechterung der Volkskraft wohl hauptsächlich zugeschrieben werden muß, ist der besonders scharfe Rückgang der Wehrtauglichkeit in den Bundesteilen mit vorwiegend industriellem Charakter. Weniger bedeutend war die Abnahme in den ländlichen Provinzen. Vereinzelt ist hier sogar eine Besserung zu sehen. Eine besonders auffallende Verschlechterung weisen die Bundesstaaten auf, in denen von 100 Abgefertigten waren:

	tauglich oder langjährig 1906	tauglich oder langjährig 1910	untauglich oder minder tauglich 1906	untauglich oder minder tauglich 1910
Preußen	87,0	80,9	42,7	48,9
Bayern	78,2	79,0	23,5	26,8
Sachsen	68,7	59,0	33,0	40,7
Württemberg	73,4	72,3	28,5	27,6
Hessen	72,0	67,7	27,9	32,2
Württemberg (17 R.)	68,0	64,9	31,4	34,8

Der in manchen Bundesteilen ganz erschreckend hohe Prozentfuß der für den Wehrdienst untauglichen oder minder wehrtauglichen jungen Leute sollte, wenn alle anderen Argumente in Erwägung gezogen werden, die Regierung denn doch eine ernste Warnung sein. Die anhaltende Verschlechterung der Wehrtauglichkeit kann nur eine Folge unzureichender Ernährung der breiten Volksschichten sowie mangelhafter Gesundheitsverhältnisse sein. Gegen diese Uebelstände muß mit allen Mitteln angeknüpft werden, wenn nicht eine weitere Abnahme der Volkskraft eintreten soll.

Bundesrat und Notstand.

Auf die Eingabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die am 5. September in der Reichstagskanzlei eintraf, am 9. September abends eine Antwort noch nicht erfolgt. Die Berliner Volkszeitung über den vorausgesetzten Weitergang der Dinge folgendes zu berichten:

Wie wir hören, denkt man in Regierungskreisen daran, diesem Begehren zu entsprechen. Was die in der Eingabe angeführten Maßnahmen zur Bänderung der Wehrkraft an sich, so werden, wie wir weiter hören, die Mittel für die Bekämpfung von frischem und zureichendem Fleisch-Erleichterungen einzuwirken, im übrigen aber wird man an der bisherigen „bewährten“ Politik festhalten. Der Bundesrat wird sich mit den in den letzten Tagen eintreffenden Anträgen wahrscheinlich noch den Ferien beschäftigen. Die erste Sitzung des Bundesrats findet am 10. Oktober statt. Doch ist nicht anzunehmen, daß die Anträge der Regierung in dieser Sitzung stehen werden. Geschäftlich gehen derartige Anträge zuerst an die Ausschüsse des Bundesrats, von denen sie geprüft und begutachtet werden. Die Ausschüsse erst Ende dieses Monats ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, wird die Prüfung und Begutachtung bis zum 10. Oktober hinübergezogen sein.

Während ein Monat lang geschieht zunächst nichts. Da ist es geschickter, zunächst wieder nichts, denn man hat andere Dinge zu tun, als sich um die Not des Volkes zu kümmern. Ende Oktober beginnt man zu erwägen, ob man nicht doch nicht vielleicht tun sollte, als ob man etwas tun würde. Dabei bleibt es aber bis auf weiteres, denn der Bundestag tritt ja erst Ende November zusammen, und ohne Bundestag ist es nicht möglich, etwas zu tun. Inzwischen sorgt der Reichskanzler zu seinem Teil für die Bekämpfung der Not, indem er Reklamationen schiebt, und er damit fertig ist, legt er am Ende auch einen höflichen Brief auf, daß und warum, wenn man alles recht be-

trachtet, es doch besser ist, den Reichstag zu Hause zu lassen. Oder langt es nicht einmal so weit?

Ein amtlicher Beitrag zur Teuerungfrage.

Das Statistische Amt der Stadt Schöneberg hat soeben eine interessante Zusammenstellung über die Bewegung der Fleischpreise auf den dortigen Märkten in den Sommermonaten Juni, Juli und August der letzten Jahre veröffentlicht, die den ungeheuren und ungewohnten Anstieg der letzten Zeit erkennen lassen. Die für die einzelnen Fleischsorten gezahlten Mindestpreise betragen pro Kilogramm in Pfennig:

		1909	1910	1911	1912
Rindfleisch von der Keule	Juni	150	150	160	180
	Juli	140	150	160	200
	August	140	170	160	230
vom Bauch	Juni	120	120	150	140
	Juli	120	130	140	150
	August	120	140	130	180
Schweinefleisch	Juni	130	130	120	150
	Juli	140	140	120	150
	August	130	140	120	200
Kalbfleisch	Juni	130	130	140	160
	Juli	130	130	150	160
	August	130	150	140	180
Lammfleisch	Juni	150	140	180	180
	Juli	150	160	180	190
	August	150	160	140	200

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die Fleischpreise in den letzten Monaten Hochstände erreicht haben, wie in keinem der vorhergehenden drei Jahre. Ergänzend zu den oben gegebenen Ziffern ist noch zu bemerken, daß der Mindestpreis für Rindfleisch von der Keule z. B. in den Jahren 1909 bis 1911 zwischen 1,80 M. zurückging, vom 8. bis 21. August d. J. jedoch nicht unter 2,30 M. sank. Rindfleisch vom Bauch, das in den vorhergehenden Jahren bis auf 1,20 M. heruntergegangen war, kostete seit dem 12. August 1912 nie mehr unter 1,80 M. Schweinefleisch wurde in den Jahren 1909 bis 1911 meist für 1,10 bis 1,30 M. im Mindestpreis verkauft und stieg nur ganz vorübergehend auf 1,70 M. Seit dem 7. August d. J. beträgt der Mindestpreis ständig 2 M. Ebenso beträgt der Mindestpreis für Kalbfleisch seit dem 25. Juli d. J. 1,80 bis 2,00 M., während er in den vorhergehenden Sommer nur ganz ausnahmsweise 1,50 M. überstieg.

Nahrungsergänzungsprämien und Teuerung.

Erdien erließ ein Verbot der Getreide- und Futtermittel-Exporte bis Mitte November, um zu verhindern, daß das Land bei den durch die unglückliche Witterung verursachten und noch zu befürchtenden Ernteausfällen von Futter und Brotgetreide entblüht wird. Die ganz anders steht das große, mächtige Deutschland da. Nach agrarischen Behauptungen ist auch die deutsche Ernte durch Witterungseinflüsse arg geschädigt worden, aber nichtbestimmter halten es die deutschen Agrarier bei den allgemeinen Teuerungsverhältnissen im Lande weiter für die heiligste nationale Aufgabe, sich aus der Reichskasse Prämien von vielen Millionen dafür bezahlen zu lassen, daß sie in immer steigenden Mengen deutschen Roggen nach dem Auslande zu Schleuderpreisen verkaufen.

Obwohl die Roggnernte des Jahres 1911 eine vorzügliche war und die des Vorjahres wesentlich überstieg, standen für die Versorgung Deutschlands mit Roggen in dem am 31. Juli beendeten Erntejahre infolge der enorm gesteigerten Ausfuhr geringere Mengen zur Verfügung als im Vorjahre. Nach den jetzt vorliegenden Ziffern über den Getreideausfuhrhandel in dem ersten Monat des Erntejahres 1912/13 wird von den Großgrundbesitzern und Getreideexporteuren der Export prämiierten Brotgetreides in einem wachsenden Umfange fortgesetzt. Es stellte sich die Ausfuhr von Roggen in der Zeit vom 1. bis 31. August 1912 auf 595 961 Doppelzentner gegen 562 186 Doppelzentner in der Vergleichszeit des Vorjahres, die Ausfuhr von Roggenmehl auf 80 289 Doppelzentner gegen 79 469 Doppelzentner im Vorjahre. Dagegen ging die Einfuhr von 531 567 Doppelzentner im Vorjahre auf 284 909 Doppelzentner im August dieses Jahres zurück. Für das deutsche Volk eröffnen diese Ziffern nette Aussichten. Obwohl in diesem Jahre der Roggen viel später eingebracht wurde als im Vorjahre, ist heuer die Ernte bedeutend größer als im Vorjahre. Aus der Reichskasse sind für die Entlohnung des Inlandes von Roggen in 31 Tagen des neuen Erntejahres 3,43 Millionen Mark Prämien gezahlt worden, die in die Taschen der Großgrundbesitzer und Getreideexporteure fließen. Der direkte Ausfall der Reichskasse stellte sich unter Berücksichtigung der Einnahmen aus der Einfuhr auf rund zwei Millionen Mark. Da die Agrarier und ihre Bethmänner den Mut hatten, zu erklären, daß die

unerträglich hohen Fleischpreise als ein „sehr erfreuliches Ergebnis“ zu betrachten sind, so werden sie auch nicht anstehen, die immer niederträchtigere Entwicklung der Ausführungsprämienwirtschaft als herrliche Erfolge zu preisen.

Mahnahmen der Gemeinden.

Die Jünnauer Stadtverordneten ersuchen den Magistrat, im Sinne der Aufhebung der Grenzsperr bei der weimarerischen Regierung resp. dem Bundesratsvertreter vorstellig zu werden. Die Fleischnot am Orte soll wieder durch den Fleischbezug aus Dänemark, der sich auch nach der Ansicht des Bürgermeisters glänzend bewährt hat, abgeholfen werden. Nur drei bürgerliche Stadtverordnete stimmten gegen den sozialdemokratischen Antrag. In Erfurt stellen 13 bürgerliche Stadtverordnete an den Magistrat den Antrag, sofortige Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen.

Protestversammlungen.

Trotz der denkbar ungünstigsten Witterung strömten am Sonntag vormittag die Heimarbeiter des Meiningener Oberlandes (Bezirk des Heimarbeiterlands in der Spielmanns- und Christbaumindustrie aus dem Thüringer Walde) nach Sonneberg, um in einer Massenversammlung gegen Fleischwucher und Lebensmittelteuerung zu protestieren. Die Versammlung war überfüllt. Das Referat des Genossen Wächter-Hiltenslein wurde mit brausendem Beifall aufgenommen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 8. September im Schießhaussaale zu Sonneberg tagende Versammlung nahm zur bestehenden Lebensmittelteuerung Stellung. Die Versammlung fordert im Interesse der Gesundheit des Volkes und um der bereits in weiten Kreisen der Bevölkerung bestehenden Unterernährung Einhalt zu tun: 1. die sofortige Überwindung des Reichstags, 2. Beseitigung des Systems der Einfuhrzölle, 3. sofortige Deckung der Grenzen, um genügend Fleisch auf den Markt zu bringen, 4. Beseitigung des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetz. Die Versammlung erwartet, daß der Vertreter Sachsen-Meinings im Bundesrat für diese vier Forderungen eintritt. Von den Verwaltungen der Gemeinden fordert die Versammlung nachdrücklich, daß sie alle Schritte tun, um die von der werktätigen Bevölkerung so bitter empfundene Fleischnot zu lindern.

Nach der Versammlung zogen trotz strömenden Regens 600-700 Personen in geschlossenem wohlgeordnetem Zuge durch die Straßen der Stadt vor das Rathaus, wo sich die Menge nach einer kurzen Ansprache des Landtagsabgeordneten Genossen Behder auflöste.

Protestversammlungen fanden statt in Erfurt, Albrechts bei Suhl, Gispersleben, Gönitz, Schmölla, Ronneburg, Hermsdorf und Kahla, letztere fünf Orte im Herzogtum Sachsen-Altenburg; ferner in Apolda.

In Königsberg protestierte eine Versammlung, die von circa 6000 Personen besucht war. Weitere Protestversammlungen wurden noch in Wemel, Kilsit, Gumbinnen, Rastenburg, Böhla, Osterode und Großhandberg (Kreis Königsberg) abgehalten.

In 19 Landorten des 11. badischen Reichstagswahlkreises (Mannheim-Weinheim) fanden am Sonntag und Montag Volksversammlungen statt, die sich mit der Teuerung beschäftigten. Der Besuch war allgemein ein guter. Referenten mit Distriktsredner vertrat die Forderung auf Öffnung der Grenzen für die Einfuhr ausländischen Viehes und Fleisches.

Die Dortmunder Arbeiterkassette hatte für letzten Sonntag eine große Demonstration versammelt unter freiem Himmel geplant. Aber den ganzen Tag regnete es in Strömen, so daß man sich kaum hätte verwundern dürfen, wenn nur einige Hundert Mann gekommen wären. Trotz des tollen Regens waren dennoch wohl an 3000 Personen herbeigekommen, die in zwei großen Sälen untergebracht werden mußten. Daß trotz des Regens eine solche Beteiligung zu verzeichnen war, zeigt, wie groß die Not geworden ist. Die Versammlungen nahmen eine scharfe Resolution zur Teuerung an; auch antworfende Zentrumsleute stimmten für die Resolution.

Das albanische Problem.

pr. Aus Konstantinopel, 7. September, wird uns geschrieben:

Während die Albaner ihren Frieden mit der Regierung geschlossen haben, wollen die albanischen Massen sich noch immer nicht beruhigen. Sie gehen jetzt auf eigene Faust vor. In Nowibasar, Seniga, Djatova, Brijenti und Ipele wurden die Waffendepots geplündert. Daneben werden auch einfache Plünderungen vorgenommen. Die Schule in Ipele wurde in Brand gesetzt, die Gefangenen aus dem Gefängnis entlassen. Es kam zu Zusammenstößen mit dem Militär, wobei Mannschaften und Offiziere getötet wurden. Dennoch ist wohl anzunehmen, daß nach einiger Zeit die Massen sich beruhigen werden. Kennzeichnend ist diese Bewegung nur, weil sie zeigt, daß die albanischen Massen sich durchaus nicht zufriedengestellt fühlen. Sie fühlen sich vielmehr enttäuscht und betrogen; kurz, es wiederholt sich daselbst, wie bei dem Ausgange des Maliforenauflandes. Denn die Bewegung der Massen entspringt gar nicht dem politischen, sondern vielmehr einem

Wirtschaftlichen Nährboden. Sie verlieren den sozialen Boden unter den Füßen, verlieren ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit — deshalb rebellieren sie. Seit unzähligen Jahrhunderten lebten sie im Elend, aber sie waren wirtschaftlich frei, sozial unabhängig. Das hört jetzt auf, und dieser Prozeß der sozialen Zersetzung kann gar nicht mehr aufgehalten werden. Darum die Unzufriedenheit, die zur Revolte treibt und die weitere Unzufriedenheit, die der Revolte folgt.

Nicht erst die Politik der türkischen Regierung, sondern der eindringende Kapitalismus ist es, der diese Zustände schafft. Der Handel hat erst diese Leute um ihre armseligen Vorräte, die Produkte ihres ländlichen Fleißes, gebracht. Er schuf erst Bedürfnisse, dann den Bedarf, die Notwendigkeit, Fabrikwaren zu kaufen. Die alte Geschichte! Um den neuen Bedürfnissen zu genügen, werden die alten eingeschränkt. Die fleisame Bodenhohe wurde durch billigen Kattun, eine Art Segeltuch, ersetzt. Das sieht scheußlich aus, kostet dafür sehr wenig. Aber obwohl diese Fabrikware billig ist, kommt sie dem Albaner teuer zu stehen. Denn er muß sie in barem Geld bezahlen, und um Geld zu erlangen, muß er auch seinerseits verkaufen. So wird er in den Handelsverkehr hineingezogen und muß auf Selbsterwerb ausgehen. Noch schlimmer ist, daß sich die Beziehungen zwischen den Stammesältesten und der Dorfgemeinschaft unter dem Einfluß des Kapitalismus ändern. Es war ein Herrschaftsverhältnis, das jetzt seinen wirtschaftlichen Inhalt als Ausbeutungsverhältnis erhält. Nachdem der Kapitalismus die Wege zum Gelderwerb gezeigt hat, suchen die Inhaber der alten Gewalt alles zu Geld zu machen, was ihnen nur zugänglich ist. Vor allem werden die Wälder ausgeraubt. Daneben hat der Kapitalismus Reichthümer gezeigt, von denen man früher keine rechte Vorstellung hatte. Und nun gilt die Lösung: wer die Macht hat, schafft sich Besitz. Wälder, Felder, Viehes, Verge, in Vermuthung ihres Mineralreichthums — alles wird angeeignet. Der Prozeß ist auch schon viel weiter gegangen. Man rüstet für die Industrie. Man braucht die politische Macht, um sich an die Spitze der industriellen Entwicklung zu setzen. Altes Regime oder neuer Parlamentarismus, Zentralisation oder Dezentralisation, Integrität der Türkei oder Anschluß an Oesterreich, oder Autonomie, das alles sind nur verschiedene Wege, auf denen die albanischen Notabeln ihre eigene Klassenherrschaft in Albanien zu erweitern und zu begründen suchen.

Man ist noch mehr vorgeschritten und denkt an die politische Beherrschung des Reichs, um der eigenen wirtschaftlichen Macht eine noch weitere Grundlage zu geben. Der letzte albanische Aufstand war weniger ein Kampf um albanische Fragen, als um das Kabinett, um die Herrschaft im Staate. Dies nach den Intentionen der Ches, der Bairatsdar, während die Massen allerdings anders denken, weshalb die letzteren sich denn auch mit dem Ergebnis nicht abzufinden verstehen.

Neur politische Kombinationen tauchen auf. Man spricht von einem Bündnis zwischen den Albanesen und den Arabern, die sich dadurch das türkische Element unterwerfen würden.

Terselbe Prozeß, wie in Albanien, vollzieht sich im ganzen Orient. In Armenien sind es die türkischen Feudalen, die sich mit offener Gewalt die Länderereien aneignen, und zwar ebensogut die armenischen, wie die türkischen; in Arabien — die Schelks.

Seit etwa einem Jahr herrscht in Armenien Ruhe. Mit dem Wechsel des Kabinetts und der Annexionierung der Hamidischen Feudalen den Eindruck erhalten werden, ihre Zeit sei wieder gekommen. Diese Befürchtungen scheinen sich jetzt zu bewahrheiten. Denn tatsächlich kommen aus den Wilajets Van und Diarbekir Meldungen über Räuberzügen, Morde und Entführungen, die an Armeniern begangen wurden. Es heißt, daß ein hoher Regierungsbeamter, an den sich die Armenier mit ihren Reklamationen gewandt hatten, grantwortet haben soll: „Das ist ja ganz in Ordnung, wenn so was ab und zu geschieht. Sonst wüßte man ja nicht, wozu der Staat da sei.“

Eine Aufforderung.

Weslib, 2. September. Die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission hat an die Albanen die Aufforderung

Spanische Briefe.

(Von unserem Spezialkorrespondenten.)
XII. Abschluß Politisches.

Wird die Republik bald kommen? — Keine Frage wurde über an mich gestellt, seitdem ich zurück bin. Und ich antwortete stets: „Soweit der Einbildung genügt, den ich in das politische Leben Spaniens erhebt, glaube ich nicht sagen zu dürfen. Ueberreichungen sind natürlich nie ausgeschlossen.“ In meiner besten Ueberzeugung liegen schwere Mängel daran. Ohne daß der spanische Thron sehr fest steht, scheint es mir noch länger und härter Kämpfe zu bedürfen, ehe er das Schicksal des portugiesischen erleidet. Die Gründe dafür sind mannigfacher Art: die Unbildung der Massen, die Millionen und Abermillionen jeder schriftlichen Propaganda der revolutionären Parteien umgänglich macht (vielleicht Prozent der Gesamtbevölkerung kann weder lesen noch schreiben); die Vermählungen des Throns, der in der Monarchie und in der Unwissenheit gute Säulen der katholischen Religion und der Interessen des heiligen Stuhles sind; ein Mithras, das in großen proletarischen Massen gegenüber jeder revolutionären Aktion um sich greift, infolge einer jahrzehntelangen andauernden struppelosen Ausbeutung ihrer revolutionären Energie durch die Monarchisten; die Enttäuschung, welche die spanische Republik des Jahres 1873 verursachte: die allmähliche Stellung einer Armee, deren Führer und Generale in sämtliche Revolutionen und Staatsstreiche verwickelt waren; die Tatsache, daß nach dem Sturz der portugiesischen Monarchie der König Alfonso der Dreizehnte sein ganzes Bestreben darauf richtete, durch alle möglichen „Idealen“ und vor allem materiellen Erbendürftigkeiten das Offizierscorps der Panduren fest zu gewinnen, und daß es ihm gelang, so daß die „Armee“ heute ausschlüsslicher als je ist, nachdem es eine Zeitlang schied, als ob man revolutionäre Hoffnungen auf sie setzen dürfte; das langsame Tempo, in dem der Sozialismus bisher vordrang, der seit dem Tode seiner ersten Organisations einen guten Teil der Propaganda darauf verwenden mußte, das anarchische Unkraut auszurotten, das die ländliche und ländliche Arbeiterkraft beverzte und den herrschenden Schichten immer und immer wieder die Möglichkeit verschaffte, blutige Mächte am Proletariat zu nehmen; und schließlich das geringe Vertrauen, das die Führer des bürgerlichen Republikanismus selbst in ihren Kreisen genießen, die der Monarchie durch feindlich gegenüberstehen oder so „neutral“, daß sie einem Versuch, sie abzuschaffen, nicht den geringsten Widerstand entgegenzusetzen würden. Ich habe niemand getroffen, der sich unbedingt für die Aufrechterhaltung der Monarchie ausspricht, obgleich ich mit Liberalen und konservativen Abgeordneten zusammenkam, die heute im Regierungslager stehen. Aber ich habe auch niemand getroffen, der mir klar und deutlich zu sagen wagte: „Die Zukunft der Republik ist eine Sache von wenigen Jahren. Sie muß und wird bald kommen. Der Thron ist verloren.“ ... In den leitenden Kreisen aller Parteien „beschäftigt“ man sich zwar sehr mit den „großen sozialen

Problemen“; über die „Beschäftigung“ kommt man jedoch meistens nicht hinaus. Es ist ersichtlich, wie gut man in gewissen bürgerlichen Schichten die sozialistische Literatur kennt, wie viele „Bertraute“ Karl Marx gelesen haben; Moura, der frühere konservative Ministerpräsident, gehört ebenso zu ihnen, wie Canalejas, der liberale Vorgesetzte des gegenwärtigen Ministeriums. Aber wenn das Buch geschlossen oder die Diskussion in der akademischen Gesellschaft beendet ist, dann wird man wieder ein ganz gewöhnlicher „Konservativer“, „Liberaler“, „Republikaner“, der Gott, den König und das Privatigentum verehrt; oft alle drei (und dann ist man konservativ), oft nur zwei (und dann ist man liberal), oft auch nur das letztere (und dann ist man republikanisch). In der „gegenseitigen“ Kritik sind man erdarmungslos und von einem derbaffenden Radikalismus: Konservative reden wie Sozialisten; Liberale wie Konservative.

Ich werde nie das stundenlange Gespräch vergessen, das ich an einem regnerischen Tage in einer Abteilung erster Klasse auf der Fahrt von dem asturischen Gijón nach dem baskischen Bilbao mit einem sehr feingebildeten, sehr sympathisch aussehenden, klugen und überlegenen älteren Herrn hatte. Wir saßen zu dreien im Coupé. Er hörte, daß ich mit meiner Frau französisch sprach und mißfiel sich darüber ein. Von einem kam man auf andere. Und da ich mir angewöhnt hatte, alle Leute, die ich kennen lernte, um ihre Ansicht über Spanien zu bitten, so war es natürlich, daß die Politik nicht allzulange auf sich warten ließ. Ich fragte den Herrn, was er von „einer spanischen Republik“ halte? Worauf er mir lüchelnd antwortete: „Heute bräute uns eine Republik nur die Anarchie und einen Adäquationsstellung schwand. Ein Konservativer oder ein Liberaler Republikanismus schien er nicht zu gehören. Dazu war seine Kritik an diesem Republikanismus viel zu herb.“

Der König kann ruhig schlafen, solange die Republikaner noch formvollkommener sind, als der Hof. (Wiederholt sozialistische Freunde beschwerten sich meistens darauf, einen schlechten Mod anzuziehen, wenn sie in die Volksversammlung gehen. Ihre demokratischen Gesetze und Ueberzeugungen ziehen sie wie Handfäuste aus, wenn sie ihre Ruhe belächeln. Jeder von ihnen ist ein kleiner Gott und hat seine eigene Fraktion. Sobol berühmte Republikaner mit haben, obwohl republikanische Tendenzen gibt es. Der Reich ist nicht, wenn sie die Macht haben könnten, ließen sie morgen ihren Republikanismus fahren. Natürlich nicht alle, aber sehr viele. Da haben Sie zum Beispiel den besten Redner der Republikaner, Don Melchior de Almagro, der täglich gegen die Monarchie und die hinter ihr Zeit der Hauptabstoß aller republikanischen Gesellschaften. Heute beschimpft er den liberalen Ministerpräsidenten Canalejas, heute heißt ihm vor, daß er seine republikanische Vergangenheit verraten hätte, dadurch, daß er Minister der Monarchie wurde. Dabei hatte er selbst

Deutsches Reich.

Lehren der Schweizer Milizmänner.

Der bekannte Militärschriftsteller Oberst a. D. Gädle schließt sich in seinem kleinen Journal dem lauten Lob an, das der Schweizer Miliz aus Anlaß der Wandern in Anwesenheit Wilhelm II. von so vielen Autoren gepöndelt worden ist. Gädle unterscheidet sich von seinen Kollegen aber darin zu seinem Vorteil, daß er nicht veräuert, die entsprechenden Augenwendungen für Deutschland daraus zu ziehen. Er schreibt:

Ich ... der ich die meisten Heere der Großstaaten im Kriege oder im Manöver kennen gelernt habe, bin schließlich der Bewunderung voll für das, was in diesem Milizheer — so nennen es die Berufssoldaten nicht ohne einen Anflug von Verablässung — an militärischen Werken geleistet wird. Man hat gelangt, daß in der Schweiz bewiesen wurde, wie in sehr kurzer Zeit aus dem Bürgerkrieg ein „annehmbares“ Feldschatz gemacht wurde. Ich halte selbst dieses Urteil für ungerichtet, weil ich darin immer noch einen Uebertritt der Finanzierung gegenüber den lebenden Volkshäusern der Großstaaten finde. Wenn ich meinen eigenen Eindruck in wenige Worte zusammenfassen darf, so ist es, daß wir in diesem Milizheer ein vollwertiges und ebenbürtiges Kriegsinstrument vor uns sehen, das in Kampfe sich mit jedem Heere der Welt und mit Aussicht auf Erfolg messen darf, so ferne die Kräfte nicht zu ungleich sind und die Führung eine einigermaßen glückliche sein wird. ... Man sagt in Deutschland in den Kreisen, die den Patriotismus und schon damit das entscheidende militärische Urteil gepöndelt zu haben glauben, daß das Schweizer Milizheer wohl in den Alpen — man tut so, als sei die ganze Schweiz ein Land des schroffen Hochgebirges — wertvolle Dienste leisten möge, aber für ein Heer, das wie Deutschland nicht geeignet sei. Fälschlich Gerede! Das Gebiet der diesjährigen Wandern am Bodensee war ein leuchtendes, von Viehes, Obstbäumen, blühenden Ortschaften und Wäldern erfülltes Hügel- und tiefländisches Land, am Rhein, in Thüringen, in Schlesien und teilweise selbst an der medienburgisch-märkischen Grenze häufig genug haben; ein Gelände, das an die Gemächlichkeit und die Ausbildung von Führern und Truppen besonders hohe Ansprüche stellt.

Und Herr Gädle schließt:

... hat sich meine Auffassung verstärkt, daß wir in Deutschland und schämen müßten, wenn wir die Intelligenz einer ganz erheblichen Bevölkerung der Dienstzeit bei einem Bestande von 80000 Berufssoldaten und 900000 Reserveoffizieren noch länger leugnen wollten. Wir würden uns damit dem Schweizer Volke gegenüber ein militärisches Armutsgewissen ausstellen.

Die Verkürzung der Dienstzeit ist bei der Beratung der letzten Wehrvorlagen von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gefordert worden. Der Reichstag hat sich aber mit der Annahme einer nichtslagenden fortschrittlichen Resolution begnügt, die für eine ungewisse ferne Zukunft eine allmähliche Verkürzung der Dienstzeit in Aussicht stellt.

Der Konflikt in Schwarzburg-Rudolstadt.

Trotzdem es der Regierung in Schwarzburg-Rudolstadt die mehrmaligen Versuche nicht gelungen ist, eine Verlesung des Wahlrechts durchzuführen, verläßt doch auch diesmal wieder ein Säuschen reaktionärer Abgeordneter, das Wahlrecht zu ihren Gunsten umzumodeln. Unter Präsidium des Abg. Perold hat man einen Antrag eingebracht, nach dem künftig der Landtag statt aus 16 aus 18 Abgeordneten zusammengesetzt werden soll. Dabei soll die Staatsregierung als Vertreter des Domänenstaats einen, die Handelskammer einen, die Landwirtschaftskammer einen, die Handwerkskammer einen, die neu zu errichtende Arbeiterkammer einen, die Juristen, die Geistlichen, die Lehrer je einen, die Höchsthöheren der Industrie und der Landwirtschaft je zwei Abgeordnete stellen. Den allgemeinen Wählern sollen nur noch 8 Sitze verbleiben. Das ganze ist natürlich nichts als ein Versuch, den Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen. Aber schon der Regierung scheint dieser Antrag zu bahnbrechend, so daß der Staatsminister erklären, daß die Anträge der Sozialdemokraten Genossen in keinerlei Beziehung zur Regierung zu bringen seien. Wie die früheren reaktionären Vorschläge zur Regierung, so wird dieses neueste Aequivalent auf das wichtigste Volksgesetz, das Wahlrecht, von unseren Genossen zurückgeschlagen werden.

Auch im übrigen ist die Situation im Landtage ernst. In der Frage der Beamtenvergütungsgesetze geht die sozialdemokratische Fraktion nicht von ihrem Standpunkt ab, daß darin eine Verlesung der Gerechtigkeit liegt, und da die Regierung nicht nachzugeben gewillt ist, wird sie wahrscheinlich wieder mit der Aufhebung des Landtags kommen. Sie läßt jedes Entgegenkommen vermissen. So hat sie es anträge im vorigen Landtag die damals eingebrachten Finanzgesetze wieder zurückgeschlagen. Eine Revision des Einkommensteuergesetzes, eine stärkere Belastung der Besitzenden, eine Reform der Grundbesitzsteuer usw. sind aber für Schwarzburg-Rudolstadt unerlässlich geworden.

Das Schicksal eines Gnadengesetzes.

Vor einiger Zeit war mitgeteilt worden, daß einem Veteranen in Regny die Eröffnung gemacht wurde, daß ihm ein kaiserliches Gnadengesetz von 27 M. als Pension zugewiesen bewilligt worden sei. Werkwürdig war daran bloß, daß der Mann bisher eine Zulage von 52 M. bezogen hatte, die nunmehr in Wegfall kam. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung brachte eine Darstellung des Falles, wonach nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht anders verfahren werden konnte. Weil der behauptete Zeitraum sechs Jahre gedauert hatte, sollte der Veteran überdies 150 M. zahlen und dazu bemerke das Kanzlerblatt:

Erbitte der Pensionär unter Berufung auf seine militärischen Verdienste die Wiedereröffnung solcher überhöhen Pension so kann er versichert sein, daß die Angelegenheit mit dem Wohlwollen geprüft wird, das in der Verwaltung stets obwaltet.“

Diesem Brief befolgte der Veteran, er möchte eine Zulage und erhielt einen — abnehmenden Bescheid, was die Niederlegung der 150 M. nach den bestehenden Bestimmungen nicht angängig sei. Gleichzeitig wurde dem Pensionisten noch bekanntgegeben, daß die ihm von dem Pensionatsamt noch verbleibenden 27 M. jährlich bis zur Deckung der überhöhen 150 M. von der Regierungshauptkasse einbehalten werden.

Das kaiserliche Gnadengesetz von 27 M. vor 7 Jahren kommt sonach 6 Jahre lang nicht zur Auszahlung. Hoffentlich lebt der jetzt 71 Jahre alte Mann noch 6 Jahre, damit der Fiskus, um zu seinem Gelde zu kommen, nicht schließlich die Erben in Anspruch nehmen muß!

Der Herr Major.

Der militärische Diktator offenbarte sich dieser Tage in Schwarzburg-Rudolstadt in recht drausiger Weise. In einer Klage zwischen dem freisinnigen Landtagsabgeordneten Gind und dem liberalen Redakteur Müller war der Herr Major a. D. Schünzinger, kaiserlicher Reichstagsabgeordneter von der letzten Reichstagswahl, aus dem Jahre 1900, während der Jugendrechnung dieses kaiserlichen Majors a. D. spielte sich folgende ergötzliche Szene ab: Gind: Schünzinger ... Herr Schünzinger: Major Schünzinger, Reichsanwalt Straub (Rechtlicher Beistand): Der Herr Junge Schünzinger ... Herr Schünzinger: Major Schünzinger, Reichsanwalt Straub: Es genügt, wenn ich Herr Junge Schünzinger sage. Ich möchte mir jede Bezeichnung hierüber verbieten! — Herr Schünzinger: Der Majorstitel ist mir von Seiner Majestät König verliehen worden! — Der Vorgesetzte stellt fest, daß die Rede Herr Junge genüge.

den Umschwung für seine Person vorbereitet und trachtete nach der Stelle des Ministerpräsidenten; das ist das ganze Geheimnis der wütenden Feindschaft gegen Canalejas. Ober Ascarate, der bisher bedienstetste aller Republikaner, der als Unterstaatssekretär im Range sehr große Dienste leistete, er ist ein persönlicher Feind Canalejas und sieht sich im Grunde ganz wohl in der Monarchie; er ist Coriano, einer der längeren republikanischen Führer; er kam aus einer der reichsten Familien und ist aus dem republikanischen Kreis herausgeworfen worden, nachdem er als Schwiegerjohn des republikanischen Romanschiffers Blasco Ibañez einen großen Teil seines Vermögens ausgegeben hatte. Ohne daß man ihm irgendetwas Anstößiges nachsagen kann, ist er sicher dem Volke nicht als Vorbild hingehalten und verurteilt, der große Verurzte, dessen Name im Ausland den republikanischen Republikanismus verkörpert, was der Republikanismus selbst sich doch nicht verdient, daß ich nicht weiter als ein ganz gewöhnlicher Gauner. Die Spanier heißen es von den Dächern, daß er sich nach allen Seiten hin veräuert. Man hat es ihm öffentlich nachgeworfen, ohne daß er es ableugnen konnte, daß er als Herr und Meister der Stadt Barcelona tiefe Bestechungssummen annehmen und was er arm wie eine Kirchenmaus; heute besitzt er Automobile und eine herrliche Villa in Madrid. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er auch von der Regierung Geld nimmt. Nein, diese Leute sind der Monarchie nicht gefährlich; und der Sozialismus ist noch zu schwach. Der jetzige König ist ein ziemlich harmloser Junge, der sich von seinen Weibergefiltsen abgesehen, die schließlich niemand etwas angehen, dabei in Acht nimmt, Unannehmlichkeiten zu machen und erheben könnte. Um aber die Monarchie Herr zu werden, müßten die republikanischen Republikaner zuerst moralischer werden als die Vertreter der Krone. Es gibt im spanischen Parlament nur einen einzigen Mann, von dem alle Welt überzeugt ist, daß er die politische Gerechtigkeit und Ehrlichkeit selbst ist: Pablo Iglesias, der Führer der Sozialisten. ... Wir führen in das Bergwerkgebiet von Bilbao ein. Wir sind Stadt Schöber wurde, gab mir der Herr seine Karte; ich las einen abligen Namen darauf: G. ... de ... Ich entschuldigte mich, daß ich ihm keine von mir zurückgeben könnte, und schrieb ihm meinen Namen auf einen kleinen Zettel. Er lud mich ein, ihn zu besuchen in San Sebastian, wo er eine Villa habe. Ich dankte, ohne zu sprechen, daß ich kommen würde.

Am folgenden Abend sah ich in Bilbao mit einigen Sozialisten und Republikanern zusammen, unter denen sich Alfonso Perold, der Redakteur des sozialistischen Wochenorgans „Der Kampf“, befand. Er sprach über den Zustand der Sozialisten, die im vergangenen Jahr und zeigte ihnen schließlich die „Wissenschaft“ der Sozialisten. Ich war sein Gegenüber, als ich im Gespräch sagte: „Es ist der frühere sozial-revolutionäre Abgeordnete von Schwarzburg-Rudolstadt.“

Der neue Mittel-Kammerler meldet ein kleines Blatt: Es ist nicht zu bezweifeln, dass der Ehrenrat den Bezirksrichter Hauptmann...

Die Abfertigung dieser Nachricht steht noch aus. Kleine politische Nachrichten. Der fortschrittliche Abgeordnete...

Ausland.

England.
Ein neuer Niesenstreik in Aussicht.
London, 9. September. Die Regierung beschließt sich ange-

Amerika.
Die Lage in Mexiko.
Mexiko, 9. September. Angesichts der Verschärfung der...

Der italienisch-türkische Krieg.

Vissolati über den Friedensschluß.
In dem Organ der reformistischen Partei, der Azione...

reiligen dürfen, die gegen ihren Willen heraufbeschworen wurde, ohne...

Neue Friedensmeldungen.

Wien, 9. September. Der Konstantinopler Korrespondent...

Wer hat gesiegt?

Konstantinopel, 9. September. Das Kriegsministerium...

Frankfurt a. M., 9. September. Der Frankfurter Zeitung...

Internationaler Heimarbeitkongreß.

Unter den nichtdeutschen Teilnehmern des Heimarbeitkongresses...

gut behandeln, durch unentgeltliche Messung in seinen 'weißen...

Parteiangelegenheiten.

hat, wie die Bremer Bürgerzeitung mitteilt, den Bremischen Partei-

Totenliste der Partei.

In Altschlitz starb am Sonntag plötzlich an einem Herz-

Tredner Polizeibericht vom 10. September.

Am Samstag, nachts gegen 1 Uhr, wurde von einem...

Letzte Telegramme.

Paris, 10. September. Die rasche Besetzung von Marrakesch hat...

Oeffentliche politische Versammlungen.

Auf zum Kampf gegen die Auszehrung des Volkes! Protest-Versammlungen gegen den Lebensmittel-Wucher

Mittwoch den 11. September, abends 8 1/2 Uhr

in folgenden Lokalen

- 4. Kreis: Reichskrone, Bischofsweg; Deutscher Kaiser, Leipziger Straße; Goldenes Lamn, Trachau
- 5. Kreis: Blumenfäle, Blumenstraße; Kristallpalast, Schäferstraße
- 6. Kreis: Gasthof Wölfnitz, Hammers Hotel, Striesen, Gasthof Briesnitz, Gasthof Gittersee, Gasthof Leuben, Rote Schänke, Döhlen, Gasthof Hainsberg.

Donnerstag den 12. September, abends 8 1/2 Uhr

in folgenden Lokalen:

Zur Börse in Coswig, Lindengarten in Rähnitz, Hotel Demnig in Loschwitz, Zum Hof in Radeberg, Gasthof Bogdorf.

Referenten:

Buck, Robert Fischer, Fleißner, Gradnauer, Horn, Imwolde, Kahmann, Menke, Riem, Schmidt-Walch, Sindermann, Schulze, Walther-Laubegast, Weiß, Winkler, Wirth.

Massenhaften Besuch zu diesen Protestkundgebungen erwartet

Für die Einberufer: Robert Wirth, Helgolandstraße 10.

Weißig u. Umg.

Sonnabend den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zur Brauhäute, Weißig

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Der Kampf gegen die Teuerung. Referent: Gewerkschaftssekretär **Hänsel.**

Debatte!

Frauen und Männer! Erscheint in Massen in dieser wichtigen Versammlung. Der Einberufer.

Oeffentliche politische Versammlung.

Medingen, Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Sonntag den 15. September, nachmittags 4 Uhr

Volks-Versammlung gegen die Lebensmittelteuerung

in Kafens Gasthof in Medingen.

Massenhaften Besuch erwartet

Musenhalle

Einziges Varieté und Volkstheater des Westens.

Mit vielem Beifall aufgenommen, jedoch nur bis Mittwoch:

Mudikens Ferienreise. Ausstattungskombi

Aud der vorzügliche Solistenzeit.

Donnerstag vollständig neues Programm!

Achtung! Hausfrauen.

Verlangen Sie überall nur

Kahns Waschextrakt

die Krone aller Seifenpulver.

Allerlei Vertreter für Dresden u. U.

Max Gareis, Wallwitzstr. 15.

Kokos-Flocken

Selbmanns Filialen

Oeffentliche politische Versammlung.

Schmiedeberg u. Umgegend

Donnerstag den 12. September 1912, abends 8 1/2 Uhr

Volks-Versammlung

im Gasthof in Schmiedeberg.

Tages-Ordnung:

Der Kampf gegen die Teuerung

Referent: Landtagsabgeordneter **Gustav Riem.** — **Debatte.**

Männer und Frauen! Erscheint massenhaft in dieser wichtigen Versammlung. Protestiert gegen die verberbliche Sozialpolitik! Demonstriert für Beseitigung der Höhe und Dämpfung der Preisen! In die Versammlung!

Einberufer: **Dr. Lukas, Döhlitz.**

Arbeiter

speisen gut und billig vegetarisch

Grunaer Str. 8, 1.

Große Portionen v. 20 Pf. an.

Neue Bewirtung!

Restaurant **Freiburger Straße 9**

Zur Wildruffer Vorstadt

Zuh.: Messerschmidt (fr. Saup),

Feierabend (60 Personen) fest.

2 Kegelbahnen

vorwiegend für Männer und neu hergerichtet, noch einige Tage billig zu besetzen.

Barbarossa, Striesen

Haar- u. innere Leiden!

Für Männer, Frauen u. Kinder

erfolgreich. Ermäßigung f. Herrn

Dienstag u. Freitag. **Große**

Grüßbergstr. 18, v. früh 9-12.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Sitzung: Montag 8-10 Uhr, Dienstag 8-10 Uhr, Mittwoch 8-10 Uhr, Donnerstag 8-10 Uhr, Freitag 8-10 Uhr, Samstag 8-10 Uhr, Sonntag 8-10 Uhr.

Bez. Bannewitz-Wellchhufe

Donnerstag, 12. Sept., abends 8 Uhr, im Restaurant **Freiburger Straße 9**

Ganzerabend: Mitgliederversammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 2. Bericht der Gemeindevorstände. 3. Allgemeines.

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich an der Versammlung zu erscheinen. Die Verwaltung.

Mittwoch den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, beginnt in **Restaurant** in Wellchhufe der auf sechs Abende festgelegte **Konferenz** über die bürgerlichen Parteien. Besondere ist Genosse Landtagsabgeordneter **Nitsche, Dresden.** Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Verwaltung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Max Sachs, Dresden-Mitte.**

Verantwortlich für den Inseratenteil: **Reinhold Eichler, Dresden.**

Druck und Verlag: **Kaden & Komp., Dresden.**

Massen in diesen Versammlungen! Sorgt dafür, daß sie sich zu einer gewaltigen Protestkundgebung gestalten! Niemand fehle, der von der Teuerung bedrückt wird!

Die Versammlungsleiter oder Schriftführer ersuchen wir, der Redaktion, wie in solchen Fällen üblich, einen kurzen Stimmungsbericht über den Verlauf der Versammlungen am andern Morgen zu stellen.

Teuerung und Stadtverwaltung.

Da gesetzliche Maßregeln zur Milderung der Teuerung nicht umgehend zu erwarten sind, ist es Aufgabe der Gemeindeverwaltungen, Vorkehrungen dieser Art zu treffen. Wir fordern deshalb u. a. auch die Organisation des Massenbezugs von unentbehrlichen Nahrungsmitteln, insbesondere von gekühltem und gestrorenem Fleisch, durch die Gemeinden, um sie im Kleinverkauf an die minderbemittelte Bevölkerung möglichst zum Selbstkostenpreis abzugeben. In vielen Gemeinden, sogar in Vororten Dresdens, hat man denn auch seit längerer Zeit solche Versuche mit Erfolg gemacht. In der Stadt Dresden geschieht nichts dergleichen! Es ist unerhört, wie man hier die Sache behandelt. Seit sechs Jahren geben sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten Mühe, die Stadt zu den nötigen Maßregeln zu veranlassen. Bis jetzt ohne Erfolg! Wenn die Mehrheit schon einmal einen schwachen Anlauf nahm, den sozialdemokratischen Anregungen zu folgen, — der Rat lehnte es immer ab, und die bürgerlichen Herren gaben sich damit zufrieden.

Am Oktober 1906 wurde von Stadtv. Rohmann und Genossen ein dringlicher Antrag gestellt, der den Rat ersucht, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß sie Vorkehrungen zur Erhebung der bestehenden Fleischsteuer, bezw. zur Herabminderung der hohen Fleischpreise treffe. Der sozialdemokratische Redner wies darauf hin, wie wenig der gefestigte Antrag geeignet sei, die Dinge schnell zu ändern, und wie es sich hier um schlimme Folgen der Reichspolitik handle, die von den Sozialdemokraten stets bekämpft, von den Parteien der Antragsteller, Rohmann und Genossen, jedoch immer mitgemacht worden sei. Die sozialdemokratische Fraktion stellte folgenden Antrag:

„Kollegium wolle den Rat ersuchen, mit Rücksicht auf die zurzeit bestehende enorme Teuerung der wichtigsten Lebensmittel eine städtische Versorgung der minderbemittelten Einwohner mit möglichst billigen Lebensmitteln, dem Beispiele anderer Städte folgend, in die Wege zu leiten.“

Das Ergebnis der Beratung beider Anträge war, daß der Rohmann'sche Antrag angenommen, der sozialdemokratische dem Verwaltungsausschuß überwiesen wurde. Darüber waren fast fünf Monate vergangen, als der Ausschuss im Februar 1907 über den Antrag Bericht erstattete. Das von ihm vorgeschlagene Gutachten lautete: „Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, 1. den Bezug von Seefischen und deren Abgabe, sei es direkt oder mit Hilfe von Kaufleuten, in Erwägung zu ziehen und 2. die Bemühungen zur Erleichterung der Einfuhr von gestrorenem und gepökeltem Fleisch bei der Reichsregierung fortzusetzen und dem Kollegium eine Vorlage darüber zugehen zu lassen.“

Das Gutachten wurde angenommen. Nunmehr hatte der Rat sich um die Sache zu kümmern. Man hätte annehmen müssen, daß er mit seiner Stellung zur Sache bereits völlig im Klaren war, damit sie schnell zum Abschluß gebracht werden konnte. Das schien jedoch nicht so zu sein. Denn es verfloßen wieder reichlich sieben Monate, ehe die Entscheidung des Rates an die Stadtverordneten kam. Erst am 10. Oktober 1907 konnte der Verwaltungsausschuß berichten, daß der Rat alles — abgelehnt habe. Dem Ausschuss schien das gerade recht zu sein, so daß man auch nicht einmal mehr an seinen guten und ersten Willen, für billige Lebensmittel durch die Stadt besorgt zu sein, glauben konnte. Er schlug vor: „Kollegium wolle von dem Beschluß des Rates vom 22. April 1907, Seefische wieder direkt noch mit Hilfe von Kaufleuten zu beziehen und abzugeben, zu stimmend Kenntnis nehmen und die Petition wegen Öffnung der Grenzen für Einfuhr lebenden Viehes sowie frischen und gestrorenen Fleisches und wegen Abänderung des § 12 des Reichsgesetzes betr. die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3. Juni 1900, mitvollziehen.“

Die Debatte war sehr eingehend. Der sozialdemokratische Redner kennzeichnete das Verhalten des Rates und des Ausschusses, wies auf zahlreiche bessere Beispiele in anderen Städten und auf das Verlegenheitsprodukt einer Petition an den Reichstag hin. Der Ausgang der Sache war natürlich trotz alledem sicher. Das Ausschussgutachten wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. — Man hatte die wichtige Sache genau ein Jahr hingezogen, um zu dem Beschluß zu kommen: es wird nichts getan! In Dresden versucht man nicht einmal das, was andere Städte durchgeföhrt haben! Nur zu einer Petition an den Reichstag um Öffnung der Grenzen zur Einfuhr von Vieh und Fleisch konnte man sich aufschwingen.

Das Petitionieren macht wenig Mühe. Damit beschäftigte sich das Stadtverordnetenkollegium Mitte September 1910 abermals. Es lagen drei Anträge vor. Die zwei von bürgerlicher Seite gestellten wünschten, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die zollfreie ungehinderte Einfuhr von Kuh- und Zuchtvieh aus den hierfür besonders in Betracht kommenden angrenzenden Ländern: Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Frankreich, Holland, Dänemark und Rußland gestattet werde, ohne daß der Einfuhr weitere Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, als höchstens die Bedingung einer kurzen Quarantäne, daß alles Auslandsvieh gleichzeitig nach den bisher bei der Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn geübten seuchepolizeilichen Maßnahmen behandelt werde; daß die Aufhebung des Einfuhrverbots für Schlachtwunde dänischen Ursprungs und die Zulassung von Schweinen aus Oesterreich-Ungarn in unbegrenzter Zahl nach allen unter geregelter veterinärpolizeilicher Kontrolle stehenden Schlachthöfen ausgedehnt werde, sofern deren Einrichtungen die notwendige Gewähr dafür bieten, daß die Abschachtung des aus dem Ausland stammenden Viehes in den allgemeinen Schlachträumen unter Verhinderung der abgesonderten Aufstellung der Tiere bis zum Schlachten stattfindet, und daß eine zeitweise Ermäßigung der Viehölle eintrete. — Der echt nationalliberale Antrag lautete: „Kollegium wolle beschließen, den Rat um Auskunft zu ersuchen, ob und welche Schritte gegen die herrschende Fleischteuerung seitens

der Stadtbehörden möglich sind und ob der Rat in dieser Angelegenheit bei der königlichen Staatsregierung Schritte zu tun gedenkt.“

Die sozialdemokratische Fraktion faßte die Sache noch bei einem anderen Ende an, indem sie beantragte: „Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, gemeinschaftlich mit den Stadtverordneten bei der Staatsregierung für Einleitung geeigneter Maßnahmen gegen die Fleischteuerung vorstellig zu werden und eine allgemeinverständliche Darstellung über die Einwirkung der neuen Schlachthofgebühren auf die Fleischpreise zu veröffentlichen.“

Diese Anträge wurden sofort einstimmig angenommen, also nicht erst einem Ausschuss überwiesen. So viel um innerlich, sind den Anträgen entsprechende Petitionen an die Regierung abgegangen. Die Stadt selbst tat aber nach wie vor nichts gegen die Teuerung!

Können kranke Arbeiter die Mitgliedschaft von Krankenkassen erwerben?

Diese Frage hat jetzt das sächsische Oberverwaltungsgericht zu entscheiden. Ein jugendlicher Arbeiter hatte nach achtjähriger Beschäftigung seine Arbeit wegen Erkrankung wieder aufgeben müssen; der Kassenaar konstatierte Influenza mit schweren Kopfschmerzen und Gehirnzirkulationsstörungen. Nachdem der Erkrankte drei Wochen lang die statutenmäßige Krankenunterstützung bezogen, mußte er nach einem erfolglosen Arbeitsversuche wegen Geisteskrankheit in einer Anstalt untergebracht werden. Der Ortsarmenverband nahm nun die Vertriebskrankenkasse gemäß § 57, Abs. 2, des Krankenversicherungsgesetzes zur teilweisen Erstattung der Unterstützungskosten in Anspruch. Diese weigerte sich jedoch und behauptete, der Erkrankte sei schon bei seinem Arbeitsantritt krank und erwerbsunfähig gewesen und habe deshalb gar nicht ihr Mitglied werden können. Bei der achtjährigen Beschäftigung handle es sich um einen wirklichen Arbeitsvertrag, der junge Mann, bei dem schon früher Spuren von Geistesgeisteskrankheit wahrgenommen worden seien, sei ihr offenbar planmäßig zugehoben worden in der Absicht, ihr die Krankenfürsorge aufzubürden. Die Kreishauptmannschaft verurteilte die Kasse antragsgemäß. Nach dem Gesagten sei es nicht ausgeschlossen, daß auch kranke Arbeiter versicherungspflichtige Mitglieder einer Kasse würden, Voraussetzung sei nur, daß sie zu einer wirklichen Arbeitsleistung noch imstande seien. Lediglich dann, wenn diese Voraussetzung fehle, müsse der Eintritt der Mitgliedschaft verneint werden. Dieser Fall liege hier aber nicht vor, der Arbeiter habe volle acht Tage gearbeitet, sei also Kassemitglied geworden und habe Anspruch auf Krankenunterstützung, der an den Kläger übergegangen sei. Das Oberverwaltungsgericht hat dieses Urteil bestätigt, indem es den Gründen der Vorinstanz allenthalben beistimmt.

Bürgerliche Jugend, „erzogen“.

Wie in der bürgerlichen Presse berichtet wird, hat die Oberförsterei in Klotzsche dem „Dresdner Jugendbund“ ein Schreiben zugehen lassen, das sich gegen den Unflug richtet, den die bürgerliche Jugend sehr oft in Wald und Feld treibt. Von der Oberförsterei ist Klage darüber geführt worden, daß schulpflichtige Knaben allerhand Kriegsspiele mitten in den Wald beständen der Dresdener Heide betreiben, dabei ruhestörende Lärmverführungen und sich beim Sturmangriff kleiner laut knackernder Pistolen oder Gewehre bedienen. Die Oberförsterei weist auf die Störung hin, die der Lärm für das in der Heide Ruhe und Erholung suchende Publikum im Gefolge hat. Außerdem wird das in den Dörfern stehende Wild demütigt, es tritt weiter die Gefahr ein, daß, durch die Anwesenheit der Kinder, die Unvorsichtigkeit treiben können, und schließlich liegt die Möglichkeit vor, daß beim Herausfliegen glühender Geschosse Teile beim Schutz ein Waldbrand entsteht. Ferner trägt die Oberförsterei das Aufsehen im Walde. Durch Wegwerfen noch glühender Streichhölzer, Vergleßen von Spiritus und sonstige Unvorsichtigkeiten kann sehr leicht ein Waldbrand entfallen. Es ist schon mehrfach vorgekommen, daß Kinder die Flucht ergriffen haben, nachdem bereits ein kleiner Brandherd entzündet war, den sie nicht mehr zu löschen vermochten. Die Oberförsterei ist sehr entschlossen, derartigen Unflug unmissverständlich zu verfolgen.

Alles was hier gerügt wird, bezieht sich auf die Art, wie die bürgerliche Jugend „erzogen“ wird. Auf die berühmtesten Geländespiele haben wir wiederholt hingewiesen. Während der proletarischen Jugend ganz besonders ans Herz gelegt wird, daß sie Wald und Feld schone, hören wir hier, daß die bürgerliche Jugend das Gegenteil tut. Es ist angebracht, diesen Vorgang zu registrieren.

Güterverkehr mit Tollenwitz. Die für das Stadtgebiet und Frachthilfsgebiete durch bahnamtlich bestellte Kollfahrunternehmen ist auch auf die am 1. Juli mit der Stadt vereinigte Gemeinde Tollenwitz ausgedehnt worden. Der neue Vorort fällt unter die zweite Gebührenzone des Kollgebiets. Für die Beförderung der Güter von und nach dem Bahnhof Reid werden die Kollgebühren für die zweite Zone berechnet, während nach und von den Bahnhöfen Dresden-A., Dresden-Fr. und Dresden-N. diese mit einem Zuschlag von je 10 Pf. berechnet werden. Näheres ist bei den Güterabfertigungsstellen in Dresden und Reid und den Kollfahrbegleitern zu erfahren. Hiernach erfolgt in der Regel eine unmittelbare Zuführung der Güter von den Güterröden an die in den Frachtdriefadresses angegebenen Stellen. Zur Anmeldung abzuholender Güter und Frachthilfsstücke von den Geschäftsräumen oder Wohnungen der Absender können mit Vordruck versehenen Anmeldebettel benutzt werden, die von den Güterabfertigungsstellen in Dresden und Reid, den Kollfahrleitern und den öffentlichen Verkaufsstellen für Postwertzeichen zum Preise von 40 Pf. für 100 Stück und 25 Pf. für 50 Stück zu beziehen sind. Diese Anmeldebettel können ohne Wertumschlag und ohne Freimarkte in die Postbriefkästen eingelegt oder an die Abfertigungsstellen, die Kollfahrunternehmer oder seine Leute abgegeben werden. Als Kollfahrunternehmer sind bestellt: Dresdener Stadifrachterei M. Winkler bei den Güterabfertigungsstellen Dresden-A. und Reid, Konjortium für Güter- und -abfuhr Pöge u. Ko. bei den Güterabfertigungsstellen Dresden-Fr. und Dresden-N. Güterempfänger, die ihre ankommenden Güter und Frachthilfsstücke selbst abholen oder durch andere als die von der Eisenbahn bestellten Kollfahrunternehmer abholen lassen wollen, haben dies rechtzeitig bei den Güterabfertigungsstellen schriftlich anzuzeigen.

Die Worsburger Teiche werden gesiebt: 26. September Kleiderer Waldteich (Bahnhofstation Worsburg); 4. und 5. Oktober Kleiderer Großteich (Bahnhofstation Worsburg); 11. Oktober Oberer Waldteich (Bahnhofstation Worsburg); 18.

und 19. Oktober Mittelteich (Bahnhofstation Worsburg); 25. und 26. Oktober Oberer Großteich (Bahnhofstation Worsburg); 27. und 28. Oktober Unterer Großteich (Bahnhofstation Worsburg).

Diebstähle. Am Sonnabend war die Montagsarbeit ausfallen. Auf dem Altmarkt wurde der Frau des ... monnate mit etwa 40 M. Inhalt aus ihrem Handtasche gestohlen. In der letzten Zeit waren fast täglich kleine Taschendiebstähle zu verzeichnen. — Ein Einbruch wurde in einer der letzten Nächte in das am ... Cotta gelegene Bildhaueratelier von Theodor ... verübt. Die unbekanntenen Diebe stahlen verschiedene ... werkzeuge.

Stenographiekurse. Der deutsche Arbeiter-Stenographenverein ist in nächster Zeit seine Winterkurse, ein gutes Kurzschreib-System zu erlernen. Eingeleitet werden diese Kurse mit einem Vortrag. Näheres darüber in ... Freitagnummern der Dresdner Volkszeitung.

Bermischte Nachrichten. An den Folgen einer Wundsalzvergiftung verstarb in der Heil- und Pflanzenschule des ... Schulhauses bewußtlos angetroffen worden war. — Ein ... licher Leichnam wurde am Sonntag nachmittag oberhalb ... Jahre alte Maschinistenfrau R. M. aus Dresden ... festgesetzt wurde. — Auf der Eisenbahnfahrt nach ... wurde in der Nähe der Station Oberoglitz eine ... aus dem Zuge geworfen. Es fehlte nicht viel, so wurden ... Anaben von der Kutsche getroffen. Bei der Ankunft des ... auf dem hiesigen Hauptbahnhofe wurde der Name des ... polizeilich festgesetzt. — Der am Gefängnis in ... seher beschäftigte Karl Ludwig, der zusammen mit ... seiner Behausung wohnenden stellunglosen Lithographen ... Adam zahlreiche falsche Hundertmarkscheine angefertigt ... ist in Lauban verhaftet worden. Beide hatten die ... Scheine in großer Anzahl im Königreich Sachsen, besonders ... Dresden sowie in der Lausitz, vertrieben und auf diese ... zahlreiche Geschäftsleute schwer geschädigt. Die ... der ... schwindelten Summe ist noch nicht bekannt. Der ... des Verhafteten ist entkommen und konnte bisher nicht ... mittel werden.

Kinderfahrrad-Kommission. 6. Preis. Morgen ... woch, abends 9 Uhr, Sitzung im ... aller ist Pflicht.

Streifen. Der für Mittwoch nach ... Ausflug fällt aus.

Gewerbegericht. Der Spanier ... fordert von der ... (Italienerin) 60 M. Lohn und die ... Papiere. Der Kläger war bei der ... gegen 60 M. Monatslohn tätig, wie er ... dagegen will ihn nur gegen 55 M. Monatslohn engagiert haben. ... se behauptet, davon wären 17 M. Vorwärts in ... Außerhalb habe der Kläger zwei Tage nicht gearbeitet, wovon ... etwa 30 M. Schaden entstanden sei, die sie gleichfalls von dem ... abzulehen will. Der Kläger bestritt, den Vorwärts erhalten zu ... Die Beklagte sah sich hierüber auch nicht quittieren lassen. In ... gebliche Schaden kann natürlich auch nicht vom ... abgelehen werden. Vergleichsweise gibt sich der Kläger mit 45 M. zufrieden.

Wegen 23.10 M. Kontraktbruch ... Klage der Ehefrau ... gegen ... (Italienerin) 60 M. Lohn und die ... Papiere. Der Kläger war bei der ... gegen 60 M. Monatslohn tätig, wie er ... dagegen will ihn nur gegen 55 M. Monatslohn engagiert haben. ... se behauptet, davon wären 17 M. Vorwärts in ... Außerhalb habe der Kläger zwei Tage nicht gearbeitet, wovon ... etwa 30 M. Schaden entstanden sei, die sie gleichfalls von dem ... abzulehen will. Der Kläger bestritt, den Vorwärts erhalten zu ... Die Beklagte sah sich hierüber auch nicht quittieren lassen. In ... gebliche Schaden kann natürlich auch nicht vom ... abgelehen werden. Vergleichsweise gibt sich der Kläger mit 45 M. zufrieden.

Ans der Umgebung. Etchsch. Den Genossen des 11. Bezirks zur ... daß am Sonnabend den 14. September in ... in Cosselbunde eine Protestversammlung gegen den ... mittelwärtig stattfand.

Lodwig. Vor einigen Tagen besuchte eine Frau ... Brücke beim Oberen Gasthof hier sich in den ... stürzen. Sie wurde von ihrem Vorhaben abgehalten und ... Ortsgelehrsam gebracht, wo man in ihr die Johanna ... aus Straßburg, die in einem Nachbarorte bedienstet war, ... stellte. Sie litt an Epilepsie und zeigte Geistesgeheiltheit. ... Kranke wurde anderntags nach Saalhausen übergeführt.

Tharandt. Ein für Tharandt, Bohrsdorf, Berg ... Mohorn, Grund und Fördergersdorf wichtiges Verkehrs ... geht nun der Verwirklichung entgegen. Bekanntlich ... die Erdarbeiten auf dem „Kudus“ und die Sperrung ... Weges nach Fördergersdorf die Frage der Erbauung ... neuen Straße nach diesem Orte akut geworden. Im ... gemeinderrat referierte Bürgermeister Voigt über die ... frage. Es war u. a. erwogen worden, die König-Albert- ... etwas zu verlegen und die neue Straße durch den ... dem sich jetzt der Steinbruch befindet, zu führen. In ... Falle würden die Kosten sehr hoch sein, im andern ... Steigung zu groß. Ein Teil dieser Straße würde dann ... Tharandt flur liegen, und die Stadt müßte dann ... für die Unterhaltung sorgen. Dies wäre ein Nachteil für ... Stadt gegenüber dem Straßendruck durch das Scheid ... tal, links von der Wilsdruffer Straße ab. Das Projekt ... urfracht 60 000 M. Kosten, die Fördergersdorf und Förder ... tragen müßten. Der Staat wird den Gemeinden ... M. geben.

Auch Tharandt ist nicht unbeteiligt. ... Talmühlenstraße werden entlastet, wenn der Verkehr ... anderen Seite verlegt wird. Stadtrat Professor ... zweifelte, daß die Stadt zur Zahlung verpflichtet sei. ... meister Voigt erklärte, daß dies aus Billigkeitserwägungen ... sche, und Stadtverordneter Amtsstrahermeister ... wies darauf hin, daß der Stadt keine Vorteile erwänden ... sie sich hier abnehmend verhielte. In nicht allzu ... benötigte auch Tharandt größere Summen, wir wissen ... nicht, ob sich dann nicht auch das Ministerium abnehmend ... hielte. Schließlich wurde mit 11 gegen 1 Stimme ... für Zwecke der neuen Straße 5000 M. zu bewilligen ... geföhrt wird.

Gerichtszeitung.

Sandgericht

Beste Anschulding. Am Nachmittag des 2. Juni kam der... Arbeiter Paul Friedrich Zimmermann auf das Gemeindeamt...

Jugendgericht

Das der Untersuchungshaft wurde ein 17 Jahre alter Arbeiter... um sich wegen Unterschlagung zu verantworten. Der...

Schöffengericht

Eine gefährliche Auseinandersetzung fand eines Sonntags in... bei Dresden zwischen dem Bauarbeiter Max Richard...

Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.

Nachdem am Sonntagabend die Delegierten von auswärts... in den Kreis der Berliner Kollegen durch eine feierliche...

wollen diese den Allgemeinen Gärtnerverein am Vorwärtschreiten hindern. — Uebergehend zum Sassenweien...

Bei der internationalen Gärtnerbewegung hat nur Dänemark... trotz kleiner Mitgliederzahl ein eigenes Organ...

Die Presse berichtet Aldrecht, Redakteur: Die Zeitung... hat seit Beginn des Jahres 1910 eine Veränderung in der...

Für die Redatoren berichtete Fahldied-Berlin. Derselbe... erklärte, Bücher, Vermögensanlage usw. genau geprüft und...

Die Debatte wird von Klaus-Hamburg eröffnet. In... längeren Ausführungen spricht er seine Zufriedenheit mit der...

wegen sich im Rahmen der Berichterstattung. Es wird weniger Kritik... geübt, als Anregungen für die Zukunft gegeben. — Es werden...

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 9. September 1912 zu Dresden.

Table with columns: Schlachtviehgattung und Auftrieb, Bezugsklassen, Marktpreis für 50 kg Schlachtgewicht. Rows include I. Rinder, B. Bullen, C. Kalben u. Kühe, D. Ferkel, II. Schafe, III. Schweine.

Gesamtauftrieb: 3388 Tiere. Ausnahmepreise über Notiz. — Von dem Auftrieb sind 3 Rinder österreichisch-ungarischer Herkunft...

Tymians logo and text: Eröffnung: Dienstag, 17. Septbr.

JASMATZI DUBEC advertisement. Die allbekannte gesetzlich geschützte Bezeichnung unserer 2 1/2 Pfg. Cigarette m. Mundst. m. Gold. Georg A. Jasmatzi Akt. Ges. größte deutsche Cigaretten-Fabrik Dresden.

Putze nur mit Globus Putzextrakt. Globus Putzextrakt. Bester Metallputz der Welt. Herren-Wäsche. Dauer-Wäsche. R. Freisloben.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zur Lohnbewegung in der Mühlenindustrie.

Allgemein ist das Bestreben darauf gerichtet, bei der stetigen teuren Zeit die Lebenshaltung wenigstens auf dem bisherigen Niveau zu halten. Dazu gehört zum mindesten eine angemessene Erhöhung der Löhne usw. Von diesem Standpunkte gingen auch die in den Mühlen von Richard Eger in Deuben, Weichold u. Kochmann in Potschappel, Zeißig in Hütten, Nämlich in Dresden, Wilschke in Ludwigsdorf, als diese ihre Organisationsleitungen beauftragten, Forderungen den Unternehmern zu unterbreiten. Um etwas Einheitliches zu schaffen, wurden die Forderungen dem Arbeitgeberverband der Sächsischen Mühlenindustrie, deren Mitglieder die Genannten sind, unterbreitet. Diese Unternehmerorganisation, eigens zu dem Zwecke 1907 gegründet, dem Bestreben der Arbeiterschaft auf Verbesserung ihrer Lebenslage entgegenzutreten, lehnte rundweg ab, mit den beteiligten Organisationen in Verhandlung einzutreten. Um aber nach außen den Schein zu wahren, ließ es am Schlusse eines Schreibens: „Unsere Mitarbeiter müssen es auch fernhin ihren Arbeitern anheimstellen, sich wegen etwaiger Wünsche direkt an ihre Arbeitgeber zu wenden.“

Um nichts überflüssig zu lassen, wandten sich nunmehr die Arbeiter direkt an die Unternehmer und unterbreiteten diesen ihre Forderungen. Sie dachten dadurch eher etwas zu erreichen. Aber darin wurden sie eines anderen belehrt. Schon die Einreichung des Tarifvertragsentwurfs hatte die Herren Zeißig in Hütten, Weichold in Potschappel und Eger in Deuben beunruhigt, ihren Herrenstandpunkt hervorzuheben. Herr Zeißig-Göllten produzierte sich sofort als Verantwortlicher des den Arbeitern gefälligen gewerkschaftlichen Koalitionsrechts. Nicht genug damit, daß er auf die Forderungen ein glattes Nein hatte, ließ er seine Arbeiter einzeln in das Kontor rufen und erklärte diesen, daß, wenn sie sich nicht unterförmlich verpflichten, aus der Organisation auszutreten, dieses der Kündigung gleichbedeutend sei. Als dieses Ansinnen einmütig abgelehnt wurde, entließ Herr Zeißig kurz darauf die bei ihm beschäftigten Müller, ohne die Kündigungsfrist einzuhalten. Dem Vertreter der Organisation, der eine Vermittlung anzubahnen versuchte, erklärte Herr Z., daß er nicht daran denke, jemals wieder organisierte Leute in seinem Betriebe zu beschäftigen. Damit gab er unzweifelhaft zu erkennen, daß es ihm nur darum zu tun ist, die Organisation aus seinem Betriebe zu entfernen. Nicht die Forderung seiner Arbeiter war für ihn maßgebend, nein, einzig und allein das Bestreben, die Organisation lahmzulegen. Das geht zur Evidenz daraus hervor, daß er sich Hingebende aus Hamburg hat kommen lassen, denen er neben freier Kost und Logis einen Wochenlohn von 36 M. bezahlte, während seine Jahrelang bei ihm beschäftigten Arbeiter einen solchen von 22,50 M. und 23,50 M., natürlich ohne Kost und Logis, erhielten. Wenngleich Herr Zeißig diese Hingebenden nur auf drei Wochen engagiert hat, so darf er nicht glauben, daß er durch diese seine Maßnahmen den Kampf gewonnen hat.

Im ebenso erbittert Weichold hat die Firma Weichold u. Kochmann, Gohmühle in Potschappel, die Differenz mit ihren Arbeitern herbeiführt. Als die Arbeiter das Angebot der Firma, eine Erhöhung von 10 Pf. pro Schicht, ablehnten, kündigte sie diesen ohne weitere Angaben von Gründen das Arbeitsverhältnis. Die Organisationsleitung, die eine Aussprache herbeiführen wollte, stellte Herr Weichold mit den Worten ab: „Mit einer Organisationsleitung habe ich überhaupt nichts zu tun!“ Wehlich erging es der Arbeiterschaft und den Vertretern der Organisation bei der Firma R. Eger in Deuben. Wurde beiseit auch von einer sofortigen Entlassung der organisierten Arbeiter Abstand genommen, so wurden sie doch vor die Alternative gestellt, ein Scheißstück zu unterschreiben, wonach sie mit den „Jugendbändnissen“ zurecht kommen. Diese „Jugendbändnisse“ aber, die den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen in seiner Weise entsprechen, können mit vollem Rechte als eine Verhöhnung der Arbeiterschaft bezeichnet werden. Durch diese Stellungnahme der genannten Firmen gewinnt es den Anschein, als ob sie es mit aller Gewalt zu einem offenen Kampfe treiben wollen; sie wollen mit allen Mitteln beweisen, daß das Koalitionsrecht und das Recht zu streiken nur für sie besteht. Die Arbeiter sollen demüßigt abwarten, was für sie abfällt.

Die Mühlenbesitzer wollen den Kampf, sie können ihn haben. Die Gewerkschaft der Arbeiterschaft sind bei diesem Kampfe um das Koalitionsrecht natürlich auf Seiten der Mühlenarbeiter, das werden die „Herzen im Hause“ bald erfahren.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.
(Zahlstelle Dresden.)

Inland.

Lohnbewegungen.

Der Streik der Glasarbeiter in Münden am Deister ist nach vierwöchiger Dauer mit einem sehr guten Erfolg für die Streikenden beendet worden.

In Oßschitz im Odenwald kämpfen die Gummiarbeiter der Firma Weichold u. Kochmann seit 15 Wochen. Da die Firma verlangt, Arbeitskräfte aus allen Gegenden heranzuziehen, so werden die Arbeiter erzwungen, nicht nach Oßschitz zu gehen. Es dürfte die Arbeiterschaft auch interessieren, daß die Firma die sogenannten Weichold-Pneumatik für Räder herstellt.

Neue Tarife wurden vom Steinmetzenverband mit den Kunststein-, Marmor- und Sandsteinbetriebern in Mainz abgeschlossen. Es wurde Löhnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung erreicht. Auch mit der Stadtverwaltung sind jetzt Verhandlungen eingeleitet worden.

Die Formier- und Gießerarbeiten befinden sich in Hagen und Schwelm in einem Abwehrkampf mit der Unternehmerorganisation um den Arbeitsnachweis.

Neues aus aller Welt.

Ein neuer Höhenflug.

Der Höhenflug, den Wlaschke auf der Wiener Flugwoche aufstellte, ist überboten worden. Garros, der erfolgreiche Franzose, hat am Freitag eine Höhe von fast 6000 Meter erreicht und damit den Weltrekord im Höhenflug an sich gerissen. Da aber Wlaschke im Juni mit einem Begleiter die große Flughöhe von 4900 Meter erreicht hatte, bleibt er weiterhin der Meister des Höhenfluges. Garros flog bei Caen mit seinem Victor-Ginnder auf und vermochte bis 4950 Meter zu gelangen. Sein Flug wurde in den ersten Nachmittagsstunden unternommen und etwa 20 Kilometer vom Aufstiegspunkt beendet. Damit hat Garros sein Streben zu Ende geführt, alleiniger Meister des Höhenfluges zu sein. In diesen Tagen ist es gerade ein Jahr, seitdem er bis 3000 Meter kam. Seither wurde dieser Höhenflug einigemal überboten, bis es endlich Wlaschke am 20. Juni gelang, sich weit über 4000 Meter in die Höhe zu schrauben. Bald danach, am 18. Juli, flog der Deutsche Hirth, der Sieger im Sternflug Berlin-Wien, auf der Leipziger Flugwoche bis 4530 Meter, die aber später nicht anerkannt wurden, weil sein Höhenmesser nicht verriegelt war. Garros' Höhe ist die höchste, die schon während des ersten großen Höhenfluges, den Wlaschke am 27. Juni ausführte, hatte Garros diese erreichte Höhe angezeigelt. Er ließ sich den Höhenmesser von Wlaschke geben, flog damit bis zu 1000 Meter auf und mußte dann sehen, daß dieses Barometer mit dem seinen genau übereinstimmte. Von da ab mußte er an die von Wlaschke wirklich erreichte Höhe glauben; aber schon in 1000 Metern er nach höher kommen. Seither unternahm er mit Wubemars in einem Angelballon einen Versuchsaufstieg bis 5000 Meter, um sich für seinen nächsten Höhenflug vorzubereiten, und als er am Freitag den Sieg errang, hatte er sich warm eingehüllt und Sauerstoff mitgenommen, um in den großen Höhen nicht durch Unwohlsein zu verunglücken. Garros, der Sieger in den Höhen von Paris nach Madrid und nach Italien, ist bis auf weiteres der König der Lüste. Wlaschke behält auch ferner den Verdienst, daß er mit dem Leutnant Banfield den höchsten Aufstieg machte, den bisher ein Flieger mit einem Passagier angeführt hat.

Von einem Wilddieb schwer verletzt.

Darmstadt, 9. September. Im Wiesheimer Walde wurde gestern der Waldhüter Strangel von einem Wilddiebe, den er beim Wildern überrascht hatte, durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt. Er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Der Täter entkam unermittelt.

Folgerschwere Bombenexplosion.

Prishtina, 9. September. Eine gewaltige Explosion verlegte vorgestern die Stadt Milan in Angst und Schrecken. Die ganze Stadt wurde von einem furchtbaren Stoß erschüttert, der durch eine Bombenexplosion verursacht wurde. Unbekannte Täter hatten gegen das Haus eines gewissen Ibrahim Noman eine Bombe geworfen, die sich entzündete und das ganze Gebäude vollkommen zerstörte. Die Insassen, Ibrahim und seine Familie, wurden schwer verletzt. Das Familienoberhaupt ist am folgenden Tage seinen Verletzungen erlegen. Der Zustand seiner Frau und seines Kindes gibt zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß.

Schweres Bootunglück.

Antwerpen, 9. September. Auf der Schelde hat sich ein schweres Bootunglück zugezogen, dem mehrere Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Eine Gesellschaft hatte bei ziemlich stürmischem Wetter eine Bootsfahrt unternommen. Infolge des hohen Wellenganges schlug das Boot plötzlich um und alle Insassen stürzten ins Wasser. Zwei vollständige Schiffsplünder ertranken, während die übrigen Bootsinassen sich retten konnten.

Schwere Katastrophe bei einem Motorradrennen.

Newport, 9. September. Im Velodrom von Redcar im Staate New-Jersey verlor bei einem Motorradrennen Eddie Kasha, der Champion von Amerika, die Gewalt über seine Maschine. Das Motorrad durchbrach mit einer Geschwindigkeit von 150 Kilometer die Umzäunung der Rennbahn und raste in die Menschenmenge hinein. Kasha und fünf Zuschauer wurden sofort getötet und 40 Menschen verletzt. Mehrere Personen erlitten so schwere Verletzungen, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen werden. In der Zuschauermenge rief die Katastrophe eine furchtbare Panik hervor, bei der viele Menschen zu Boden getreten wurden.

Sensationelle Verhaftung in Amerika.

Newport, 9. September. Ungeheures Aufsehen hat das Verhängnis der Frau des Mühlenbesizers Bailey hervorgerufen, die vor dem Untersuchungsrichter aufgab, daß sie ihren Mann in den Keller des Hauses gefesselt habe, wo ihn der Direktor der Mühle, Watson, mit einer Art Überdosis vergiftete. Frau Bailey unterschleift mit Watson ein Liebesverhältnis. Der Letztere war anwesend, als sie vor dem Untersuchungsrichter ihre Aussagen machte. Frau Bailey wandte sich am Schluß ihrer Verhandlung an ihren Geliebten mit den Worten: „Nun komm, laß und zusammen sterben. Darauf sank sie laut weinend zu Boden.“

seinen Füßen nieder. Watson beugte sich nieder und hob die geknickte Frau zu sich empor und küßte sie. Großes Aufsehen rief es hervor, als Watson die Aussagen der Frau Bailey bestätigte und hinzufügte, daß er drei Monate vorher seine eigene Frau getötet habe. Er motivierte die schreckliche Tat damit, daß er nicht länger getrennt von seiner Geliebten leben wollte. Nachdem er der Gatte der Frau Bailey aus dem Wege geräumt war, hofften sie sich zu verheiraten. „Als ich die Art erhub und Bailey niederstürzte, folgte Watson aus, „mußte ich, daß ich von nun an keine andere Gattin mehr haben werde.“

Victoria-Salon.

Mr. Raury's Schreibender u. lesender Hund „Dick“; Ada Pagini; 3 London Belles; Komiker Westrum; Agna Witro-Trio; Frères Chantrel; Madame de Peraky; Original-Trio Loube; Annie Ferrera; Kinematograph u. a. m. Anfang 8 Uhr.
Theater-Tunnel: Künstler-Ensemble „Bühner“ Anfang 7,8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Eine vernünftige Haarpflege



Ist ohne regelmäßige Reinigung des Haarbodens und der Haare undenkbar. Denn nur durch die Beseitigung der Zersetzungsprodukte der Haut, des Staubes, wird den natürlichen Funktionen der Kopfhaut und den Haaren der Impuls zur Regeneration gegeben. Das millionenfach bewährte Haarpflegemittel

„Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ erfüllt alle Vorbedingungen zu dieser rationalen Haarpflege. Shampoo mit dem schwarzen Kopf macht das Haar schuppenfrei, glänzend und gibt auch düstern Haar volles Aussehen. Man verleihe beim Einkauf ausdrücklich „Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ mit der nebenstehenden Schattensymbolik als Kategorie ab. (Preis 20 Pf., 2 Pak. M. 1,20), auch mit El., Feers- u. Kamillenzusatz (Pak. 25 Pf., 2 Pak. M. 1,50), in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerie-Geschäften erhältlich.

Haus Schwarzkopf, G. m. b. H., Berlin N 37.

Konsumverein Vorwärts

Manufaktur- und Konfektions-Geschäfte



Täglich Eingang von Neuheiten in Herbst- und Winter-Waren

Knaben- und Herren-Konfektion
Mädchen- und Damen-Konfektion

Kostümröcke
Blusen
Kleider- und Kostümstoffe
Wollene Rockstoffe
Velour-Barchent
Barchent-Wäsche
Normal-Wäsche
Strümpfe und Socken
Sweaters
Strickwesten

Zwingerstrasse 12-14
Königsbrücker Strasse 38
Kesselsdorfer Strasse 22
Grillparzerstrasse 12
Markgraf-Keinrich-Str. 31

Deuben:
Dresdner Strasse 33

Potschappel:
Dresdner Strasse 43

Grösste Auswahl in allen Abteilungen bei billigsten Preisen

